

## **Argumente gegen Vorurteile**

Linke Antworten in der Flüchtlingsdebatte

### **»Schule marode, Straßen kaputt, Schwimmbad geschlossen: Seit Jahren kein Geld in der Stadt und jetzt sollen noch Flüchtlinge integriert werden?«**

Richtig, in vielen Städten und Gemeinden verrottet die öffentliche Infrastruktur. Seit Jahren wird nicht mehr ausreichend investiert. Doch das ist hausgemacht und hat nichts mit steigenden Flüchtlingszahlen zu tun. Die Kassen der meisten Kommunen sind leer. Das liegt daran, dass Steuern für Reiche und Konzerne gesenkt und Steuerflucht nicht wirksam bekämpft wurden.

Allein die Millionäre in Deutschland besitzen ein Vermögen von rund 2,5 Billionen Euro — mehr als der Staat insgesamt Schulden hat. Statt Flüchtlinge gegen die restliche Bevölkerung auszuspielen, sagen wir: Den Luxus, die wirklich Reichen nicht steuerlich in die Finanzierung des Gemeinwesens zu integrieren, können wir uns nicht länger leisten. Der Finanzminister feiert seinen ausgeglichenen Haushalt. Ein Haushalt ist aber nicht ausgeglichen, wenn er auf Kosten der Bevölkerung hier und heute sowie der nächsten Generation funktioniert und eine marode Infrastruktur und eine gesplante Gesellschaft hinterlassen wird.

### **»Jetzt reicht's! Deutschland hat genug Flüchtlinge aufgenommen, wir brauchen endlich eine Obergrenze und dann Grenzen dicht!«**

Erstens: Das Asylrecht ist ein Grundrecht und Grundrechte kennen keine Obergrenze.

Zweitens: Welches Problem wäre damit gelöst und welche Fluchtursache bekämpft? Hilft eine Obergrenze den ertrinkenden Kindern im Mittelmeer? Offene oder geschlossene Grenzen haben überhaupt keinen Einfluss darauf, ob sich Menschen auf den Weg machen oder nicht. Abschottung schafft nur die Geschäftsgrundlage für Schlepper.

Drittens: Eine Obergrenze wird immer mit der »Belastungsgrenze« begründet, die überschritten sei. Das betrifft aber Städte und Kommunen. Und die können viel mehr als bisher von der Bundesregierung, deren Finanzen bei Weitem nicht an der Belastungsgrenze sind, finanziell unterstützt werden.

### **»Krieg? Die meisten sind Wirtschaftsflüchtlinge und kommen nur wegen der Sozialleistungen.«**

Nein, die Fluchtursache Nummer eins ist Terror, Krieg, Verfolgung in Syrien, Irak, Afghanistan und afrikanischen Ländern.

Die Fluchtrouten sind oft sehr gefährlich, für viele tödlich. Niemand tut so etwas, um hier Sozialhilfe zu beziehen. Es geht um ein Leben in Würde. Und da muss Deutschland helfen — allein schon wegen seiner Geschichte!

Asylsuchende aus den Balkanstaaten werden schnell als Wirtschaftsflüchtlinge diffamiert. Sehr oft geht es dabei um Sinti und Roma: Doch auch zu ihrer Lage vor Ort schreibt der Europarat: »Dinge, die andere Menschen für selbstverständlich halten, werden ihnen verweigert: Schul- oder Arztbesuch, Arbeit, angemessener Wohnraum.

Die Bundesregierung hat im Herbst drei weitere Balkanländer — den Kosovo, Montenegro und Albanien — als »sicher« eingestuft. So sicher, dass sogar die Bundeswehr im Kosovo vor Ort sein muss. Wie absurd! Sicher ist dort niemand.

### **»Wir haben selbst genug Armut und können nicht noch das Elend der Welt aufnehmen.«**

Ja, es gibt viel zu viel Armut, auch in Deutschland: Über 16 Millionen Menschen sind arm. Deshalb fordern wir eine Mindestsicherung und Mindestrente, die Armut verhindern. Das ist möglich im reichen Deutschland.

Als die Banken in der Krise waren, ging es ganz schnell: Dieselben Politiker, die heute von »Überforderung« sprechen, haben damals über Nacht 480 Milliarden Euro mobilisiert. Die Probleme der Unterbringung, Wohnungsnot, Personalmangel bei der Versorgung sind daher keine »Flüchtlingskrise«, sondern eine Krise der sozialen Gerechtigkeit. Und: Mit einer Million Flüchtlingen nimmt Deutschland nur einen kleinen Teil der 60 Millionen Menschen, die auf der Flucht sind, auf und nicht die ganze Welt. Über 80 Prozent aller Flüchtlinge kommen gar nicht in die reichen Länder der Welt, sondern leben in Entwicklungsländern.

### **»Weil so viele Flüchtlinge kommen, gibt es kaum noch Wohnungen.«**

Das stimmt nicht. Schon vorher gab es viel zu wenig bezahlbare Wohnungen. Der Staat hat sich in den letzten 20 Jahren bewusst aus der Wohnungspolitik zurückgezogen. Statt Mietsteigerungen wirksam zu begrenzen, Privatisierungen und Spekulation mit Wohnraum zu unterbinden, schiebt die Bundesregierung jetzt die Schuld auf Flüchtlinge, die im Winter in Zelten und Turnhallen übernachten müssen. Stattdessen fordern wir ein Sofortprogramm für den sozialen Wohnungsbau mit 500.000 Wohnungen: für Menschen mit geringem Einkommen und Flüchtlinge. Leerstehende Wohnungen müssen Wohnungssuchenden zur Verfügung gestellt werden.

### **»Flüchtlinge bekommen so viel Geld, deshalb haben sie auch die neuesten Handys.«**

Flüchtlinge bekommen weniger Geld als bei Hartz IV, also weniger als das Existenzminimum. In den ersten Monaten bekommen sie vielerorts sogar statt Bargeld nur noch Sachleistungen oder Gutscheine. Auch nach der Erstaufnahme bis zum 15. Monat des Aufenthalts erhalten sie mit 287 Euro immer noch deutlich geringere Leistungen als bei Hartz IV.

Wir sagen, beide Leistungen sind zu gering: Der Regelsatz von Hartz IV muss als Sofortmaßnahme auf 500 Euro, der Mindestlohn auf 10 Euro angehoben werden. Und statt Hartz IV fordern wir eine Mindestsicherung von 1.050 Euro, die vor Armut schützt. Asylsuchende dürfen nicht gegen diejenigen, die Hartz IV beziehen oder zu einem Niedriglohn arbeiten müssen, ausgespielt werden. Wie das Bundesverfassungsgericht schon einmal entschieden hat, dürfen Flüchtlinge nicht schlechter gestellt werden.

Dass manche Flüchtlinge ein Handy besitzen, liegt daran, dass viele es auf ihrer Flucht mitgebracht haben — oft das einzige, was sie bei sich tragen: Notwendig, um auf der Flucht zu kommunizieren, um den Kontakt zur Familie zu halten. Notwendig als Hilfsmittel, um sich einigermaßen im Zufluchtsland zurechtzufinden.

### **»Es kommen zu viele Muslime. Das halten unsere Kultur und Werte auf Dauer nicht aus.«**

Gefährden (muslimische) Flüchtlinge, die vor Krieg und Elend — oft vor dem Gegenteil von Demokratie und Rechtsstaat — fliehen, die Werte und Kultur unseres Landes? Nein! Zu unseren Werten gehört Religionsfreiheit. Zwar gibt es auch muslimische Menschen, die religiöse Fundamentalisten sind, aber sie stellen eine verschwindend geringe Minderheit dar. Wer Fundamentalismus und Islam gleichsetzt, besorgt das Geschäft von Fundamentalisten und Rechtspopulisten. Nur sie tun so, als gäbe es nur den »einen« Islam.

Was unsere Werte und Kultur tatsächlich nicht aushalten, sind die massenhaften Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, Hassparolen und Gewalt gegen Schutzsuchende und jene, die sie willkommen heißen. Rechtspopulismus und Menschenfeindlichkeit: Hier ist in der Integration mancher Leute einiges schief gelaufen, weil jahrelang weggeschaut wurde. Dort sind die Grenzen der Aufnahmebereitschaft längst überschritten. Aber das ist keine Frage der Herkunft, Religion oder Staatsbürgerschaft, sondern eine Frage des Kampfes für Demokratie und Menschenrechte für alle.

### **»Dort, wo Flüchtlingsheime sind, steigt die Kriminalität.«**

Weil fast täglich Flüchtlingsunterkünfte brennen! Das Problem ist nicht die Kriminalität von Flüchtlingen, sondern die Kriminalität gegen Flüchtlinge. Es gibt keine Hinweise darauf, dass Flüchtlinge mehr oder weniger kriminell sind als andere Menschen. Wie überall gilt: Prekäre soziale Bedingungen, Armut und Arbeitslosigkeit sind wesentliche Grundlagen für Kriminalität. Auch wenn Menschen auf engem Raum über lange Zeit zusammen gepfercht werden, kann das Aggressionen schüren. Wer also Kriminalität wirklich bekämpfen will, der muss die Armut bekämpfen und die Menschen vernünftig unterbringen.

### **»Und wer soll das alles bezahlen, wenn so viele Flüchtlinge versorgt werden müssen?«**

10 Milliarden Euro wird die Bundesregierung von diesem bis zum Ende des kommenden Jahres für Flüchtlinge ausgeben. Gleichzeitig entgehen dem Staat jährlich rund 100 Milliarden Euro durch Steuerflucht. Von einer Finanzkrise aufgrund der Flüchtlinge kann also gar keine Rede sein. Eine Steuer auf Vermögen über 1 Million Euro würde den öffentlichen Kassen 80 Milliarden Euro Einnahmen bringen, damit wäre ein Sofortprogramm in Höhe von 25 Milliarden Euro finanzierbar: für bezahlbare Wohnungen für alle, mehr Geld für die Kommunen, um Flüchtlinge anständig unterzubringen und mehr Mittel für Qualifizierung, Integration und Sprachkurse.

### **»Das war klar, jetzt kommen auch noch Terroristen mit ins Land.«**

Flüchtlinge aus Syrien, Irak, Afghanistan oder Libyen fliehen genau vor diesem Terror, der in Paris stattfand. Die, die in Paris die Anschläge verübten, waren keine Flüchtlinge, sie stammen aus Europa. Die beste Bekämpfung des Terrorismus ist eine Politik sozialer Gerechtigkeit und Menschlichkeit für alle — und ein entschlossenes, rechtsstaatliches Vorgehen gegen die Terroristen. Ein Flüchtling sagte in Paris kurz nach den Anschlägen: »Stellen Sie sich eine Stadt wie Paris vor, in der der Ausnahmezustand, der dort jetzt herrscht, über Monate, wenn nicht über Jahre beständiges Merkmal des täglichen Leben ist. Das ist es, wovor wir fliehen.«

(DIE ZEIT, 19.11.2015)

## **„Was passiert denn mit meinem Job, wenn so viele Flüchtlinge auf den Arbeitsmarkt drängen?“**

Zunächst dürfen Flüchtlinge gar nicht arbeiten. In den ersten drei Monaten ihres Aufenthalts gilt für Asylsuchende ein Arbeitsverbot, im Anschluss bis zum 15. Monat die sog. „Vorrangprüfung“: Das heißt, deutsche oder andere EU-Bürger bzw. bereits anerkannte Flüchtlinge sind „bevorrechtigt“ bei der Jobsuche. Erst nach dieser Frist dürfen Asylsuchende regulär arbeiten. Und das ist das Problem: Wenn Flüchtlinge von offizieller Arbeit ausgeschlossen werden, besteht die Gefahr, dass sie zu Dumpinglöhnen in die Schwarzarbeit gezwungen werden. Statt Arbeitsverbote zu erteilen und die Kosten des Sprachkurses auch noch von den mickrigen Leistungen für Flüchtlinge abzuziehen, muss die Integration in den Arbeitsmarkt von Beginn an gefördert werden. Damit kein Verdrängungswettbewerb entsteht und andere Beschäftigte gegen Flüchtlinge ausgespielt werden, um Löhne zu drücken, muss der gleiche Lohn für gleiche Arbeit gezahlt werden. Der Mindestlohn muss ausnahmslos für alle – auch für Flüchtlinge – gelten.

## **„Flüchtlinge bedrohen unseren Wohlstand.“**

Im Gegenteil, Flüchtlinge kurbeln die Wirtschaft an, sagt sogar die EU-Kommission. Ökonomen gehen davon aus, dass die Ausgaben für Flüchtlinge wie ein Konjunkturprogramm wirken, weil öffentliche Investitionen (für Versorgung und Unterbringung) notwendig werden und das Geld direkt wieder in den Wirtschaftskreislauf vorort geht. Für die DIE LINKE stehen humanitäre und nicht ökonomische Gründe im Vordergrund: Wohlstand lässt sich nicht nur in Geld bemessen. Es geht auch um Solidarität – das macht ein gutes Leben aus. In diesem Sinne können die geflüchteten Menschen eine Bereicherung für das soziale Leben sein.

## **„Wo soll das alles hinführen?“**

In eine bessere Zukunft für alle! Die Verbindung einer menschlichen Aufnahme der Geflüchteten mit einer Demokratie- und Gerechtigkeitsoffensive in ganz Europa ist notwendig. Die aktuelle Situation ist auch eine Chance für Gewerkschaften,

Flüchtlingsinitiativen, Verbände und soziale Bewegungen, die soziale Frage gemeinsam wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Die LINKE wird sich an entsprechenden Bündnissen beteiligen. Die konsequente Bekämpfung von Fluchtursachen wird gebraucht: eine Entmilitarisierung und rechtsstaatliche Kontrolle unseres Außenhandels. Waffenexporte müssen verboten werden. Zudem braucht es ein wirksames Unternehmensstrafrecht, das Praktiken wie Land-Grabbing und Lebensmittelspekulation verbietet und Verstöße entsprechend ahndet. Zudem braucht es eine Demokratisierung des Welthandels: Alle Handelsabkommen der EU müssen einen fortlaufenden menschenrechtlichen Prüfmechanismus enthalten, der die sozialen Auswirkungen der Abkommen, etwa auf die Ernährungs- und Gesundheitssituation in den Partnerländern, untersucht und gegebenenfalls Anpassungen ermöglicht. Und nicht zuletzt: Die deutsche Außenpolitik muss sich von Militäreinsätzen im Ausland verabschieden und die polizeiliche und geheimdienstliche Kooperation mit Diktaturen beenden. Die Maxime muss ein Politikwechsel hin zu einer nachhaltigen und auf Entwicklung und Frieden orientierten Außenpolitik sein: Keine Kriege für Rohstoffe und Einflusszonen!

Quelle: [www.die-linke.de/fluechtlinge-willkommen](http://www.die-linke.de/fluechtlinge-willkommen)